

Michael Hüther

# „Die ökonomische Logik lässt sich nicht ausschalten“

Ausgewählte Kommentare zur Wirtschafts- und Finanzpolitik  
erschienen in Print- und Online-Medien 2010

## „Eine Wiederholung der Krise muss unmöglich werden“

IW-Chef Hüther fordert eine „Europäische Stabilitätsvereinbarung“ – Deutsche Schuldenbremse ist ein Vorbild

Michael Hüther, Direktor  
des Instituts der deutschen  
Wirtschaft Köln, fordert  
für die Eurozone  
den gleichen  
Prozentsatz für die  
Produktion. Dafür braucht  
es aber grundlegende  
Finanzpolitik.

die Stabilität der europäi-  
schen Regeln und Institutionen.  
Damit bietet sie im Erfolgsfall die  
Chance, dass die EU spürbar ge-  
stärkt wird.

Hilfsempfänger durch ein solches  
Commitment, indem beispielsweise  
analog der deutschen Schulden-  
bremse Verfassungsregeln definiert  
werden. Es muss klar werden, dass  
eine Wiederholung dieser Krise der  
Staatsfinanzen unmöglich ist.

rückhaltung üben müssen. Besteht  
die Gefahr, dass sie sich gegenseitig  
dabei behindern?

Hüther: Der Bedarf zur Lohnzu-  
rückhaltung ist ja kein flächende-  
ckender und wird sich an den Un-  
terschieden in den Arbeitskosten  
und des jeweiligen Arbeitsmarktes  
unterscheiden. Deutschland leidet an

kussion über die  
lichkeiten des  
sprüche, die an  
können. Politisch  
Idee glaubwürdig  
denn letztlich be-  
dass die Staaten  
schen Integration

### ORDNUNGSPOLITISCHER EINSPRUCH

## Berlin muss konsolidieren und die Steuern senken

, Geschäftsgrund-  
ums ist eine Wirt-  
n Gleichklang en-  
wir aber nicht ge-  
Staaten im Eur-  
driffen?  
sächlich führt  
e wie die jetzi-  
wirtschaftlich  
schen den Euro-  
nehmen. Un-  
as die Verpflich-  
ilagen der et-  
tion unzweifel-  
st auch ein  
das Wirt-

**S**eit einem Jahr krabbelt die Welt-  
wirtschaft mühsam, doch stetig  
aus dem tiefen Tal der Weltwirt-  
schaftskrise heraus. Nun waren  
alle Augen hoffnungsfroh auf die  
Hannover Messe Industrie gerichtet, ob es  
kraftvolle Signale für die Überwindung der  
Krise gibt. Zu gut ist allen Beteiligten noch  
die abwartende, mitunter lähmende und  
rigen Leistungsschau in Erinnerung. Und  
alles lähmende. Die internationale Ar-  
beitslosigkeit ist neuen Gefährdungen aus-  
gesetzt.



Michael Hüther

Ohne Innovationen gelingt  
kein globaler Erfolg. Deshalb  
wirft die Förderung  
Forschung

stärker zu internationalisieren? Das Unter-  
stützungsnetzwerk dafür ist nicht schlecht,  
wie beispielsweise die Auslandskammern,  
aber auch die vielen Aktivitäten der Wirt-  
schaftsverbände deutlich machen. Ge-  
nehmen erfordert aber auch Kapitalkraft.  
Das könnte infolge der Krise und der noch  
schwierigen Situation der Banken sich als  
größeres Problem herausstellen. Die  
greifen Krisenbewältigung und  
venentwicklungen.

überhaupt  
den Länder  
Vor diese  
gesichts des  
stehen un-  
fahren, ander-  
nicht bevor-  
folgt daran, dass  
Bank ihre  
Preisstabilität.  
Die weltwirts-  
wird uns zusam-  
laufenden mas-  
Wirtschaftspoli-  
tion bewahren.

## Volkswirte sehen in Rettungspaket Bail-out

Aber auch als Chance für Reformen eingestuft

Börsen-Zeitung, 13.4.2010  
dpa-afx/Reuters/js Frankfurt –  
Das Milliarden-Hilfspaket der  
Föderation stößt bei Volkswirten  
auf Widerstand. Ein

Tatsächlich bricht die Staatenge-  
meinschaft mit einem Tabu: In den  
EU-Verträgen ist das Prinzip veran-  
kert, dass kein Euro-Staat für die  
Schulden eines anderen entstehen  
lassen darf. Die sogenannte No-Bail-out-  
Klausel ist man ein

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-602-14871-4 (Druckausgabe)

ISBN 978-3-602-45486-0 (E-Book|PDF)

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
Geschäftsbereich Kommunikation  
Leitung: Axel Rhein  
[www.iwkoeln.de](http://www.iwkoeln.de)

Redaktion: Karl Schawinsky  
Grafik: Susanne Kuhnert  
Produktion: IW Medien GmbH, Köln · Berlin

© 2011 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
Telefon: 0221 4981-452  
Fax: 0221 4981-445  
[iwmedien@iwkoeln.de](mailto:iwmedien@iwkoeln.de)  
[www.iwmedien.de](http://www.iwmedien.de)

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

# Inhalt

---

Vorwort	3
Exit aus der Krisenpolitik, hinein in eine neue Welt (Die Welt)	4
Schiedsrichter für die Banken (Financial Times Deutschland)	7
Bitte nicht übertreiben! (Die Welt)	10
Warum Deutschland anders ist als seine Partner (Handelsblatt)	13
Bestraft die Märkte für ihre Fehler! (www.spiegel.de)	19
Wirtschaft nach der Krise: Dreifache Provokation (www.theeuropean.de)	22
Brauchen wir jetzt höhere Löhne? (www.spiegel.de)	24
Is Germany's export-led growth sustainable? (www.economist.com)	27

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise war auch im Jahr 2010 das herausragende Thema in Politik, Medien und Öffentlichkeit. Eine wichtige Rolle spielte daneben der Vorwurf einer zu großen Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft, den vor allem Frankreich und die USA erhoben haben.

Mit einer Reihe von Kommentaren und Analysen in Zeitungen, Fernsehen, Hörfunk und Online-Medien hat sich der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Prof. Dr. Michael Hüther, in diese Diskussionen eingeschaltet. Die vorliegende Broschüre enthält, beschränkt auf das geschriebene Wort, eine Auswahl dieser Beiträge in ihrer Originalfassung.

## Exit aus der Krisenpolitik, hinein in eine neue Welt

Auf die Finanzpolitik kommt es an. Diese Binsenweisheit erhält nach der Wirtschafts- und Finanzkrise eine besondere Bedeutung. Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, Klärung europäischer Währungsfragen, Gestaltung der Finanzmarktordnung – so lauten die anstehenden Aufgaben. Jede für sich ist schon eine gewaltige Herausforderung, doch in der Summe führen sie zu einem Paradigmenwechsel, wie ihn die Krise einfordert. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Erneuerung unserer Wirtschaftsordnung. Doch der Reihe nach.

### Konsolidierung wird nicht infrage gestellt

Das Sparpaket der Bundesregierung versucht die Vorgaben der Schuldenbremse zu erfüllen, und zwar ohne allgemeine Steuererhöhungen und die Kürzung investiver Ausgaben. Das ist positiv. Die Notwendigkeit jetzt beginnender Konsolidierung wird ernsthaft von niemandem bestritten. Doch allgemein wird der Eindruck erweckt, es gehe vor allem um Aufräumarbeiten nach der Krise. Das ist nicht falsch, es verdeckt aber die eigentliche Bedeutung der Konsolidierung. Die liegt vielmehr darin, dass wir damit zugleich vier Jahrzehnte staatlicher Verschuldungspolitik hinter uns lassen können, um in eine Periode einzutreten, die frei von keynesianischen Illusionen auf eine aktive Konjunkturpolitik verzichtet. Der angestrebte Haushaltsausgleich ist kein temporäres Ziel, um erneut die Möglichkeit beliebiger Konjunktursteuerung zu haben.

### Schuldenbremse: das Beispiel der Schweiz

Angekommen ist diese Botschaft in der Politik und in der Öffentlichkeit noch nicht. Obgleich mit der Schuldenbremse genau das im Jahr 2009 in der Verfassung verankert wurde. Die Schuldenbremse, erstmals auf nationaler Ebene 2003 in der Schweiz eingeführt, fordert Bund und Länder bis 2016 respektive 2020 auf, für nahezu ausgeglichene Haushalte zu sorgen und das als Normalität in die Zukunft zu führen. Die Schweiz zeigt, wohin konsolidierungspolitischer Ehrgeiz führen kann; so ging die Schuldenstandsquote dort bis zu diesem Jahr von 55 Prozent auf unter 40 Prozent zurück. Der mit dieser Verfassungsregel verbundene Abschied von der Illusion der Globalsteuerung reflektiert die seit langem in der Ökonomik vorhandene Einsicht, dass die damit an die Finanzpolitik gestellten Anforderungen nicht erfüllbar sind und das Instrument bei intensiver globaler Vernetzung national ohnehin fragwürdig ist.

Dennoch ist dies kein Abschied von Keynes, sondern lediglich von seinen Adepten und selbst ernannten Jüngern. Keynes hat die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise systematisiert und für solche Situationen eines abrupten Verfalls der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage den Staat zur Kompensation in der Verantwortung gesehen. Die Überführung dieser Krisenpolitik auf den normalen Konjunkturzyklus war eine Interpretation der Nachgeborenen. Doch die Wirtschaftsgeschichte mahnt zur Demut: Die